Hartmut Anders-Hoepgen, Friedensplatz 1, Rathaus, 44122 Dortmund – 24. Januar 2018

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
17/307

A05, A09

An den
Präsidenten des Landtages NRW
Per Mail über
sabrina.baur@landtag.nrw.de

Stellungnahme zur Anhörung „Wir brauchen ein Demokratiefördergesetz“ (Drucksache 17/508)

- Mein Name ist Hartmut Anders-Hoepgen. Ich bin Theologe und war die letzten 13 Jahre meines Berufslebens ltd. Superintendent und Vorstandsvorsitzender der Vereinigten evangelischen Kirchenreise Dortmund-Lünen-Selm (seit 2 Jahren ein Kirchenkreis).

- Ich danke für die Ehre in diesem parlamentarischen Hauptausschuss des NRW-Landtages über meine Erfahrungen in der Rechtsextremismus-Bekämpfung zu berichten und welches meine Konklusion hinsichtlich eines Demokratiefördergesetzes ist.

- Seit meinem Eintritt in den Ruhestand vor 10 Jahren arbeite ich als ehrenamtlicher Beauftragter des Oberbürgermeisters und leite in Dortmund die städtische Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie mit heute 3 hauptamtlichen Mitarbeitenden. Für die Projekte von „Demokratie leben“ gibt es zusätzlich eine externe Projektbegleiterin so wie vorher für die Projekte von „Toleranz fördern-Kompetenz stärken“. Im vorigen Jahr wurde in Dortmund unter Federführung der Koordinierungsstelle und mit breiter Beteiligung der Stadtgesellschaft die zweite erweiterte Auflage des „Dortmunder Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“ erarbeitet und schließlich vom Rat der Stadt fast einstimmig entgegengenommen.

- Neben dieser Beauftragung bin ich Vorsitzender des gemeinnützigen westfälischen Vereins BackUp-ComeBack e.V. Dieser ist zum einen Träger von „BackUp“, der seit 6 Jahren vom Land NRW (bisher Ministerium für Familien…MFKJKS jetzt Ministerium für Kultur und Wissenschaft) geförderten und im Bereich Westfalen-Lippe arbeitenden „Beratung für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt“ Der Verein ist zum anderen Träger von „Coba-Yana“, der seit einem Jahr vom Bundesfamilienministerium geförderten „Beratung für Wege aus dem Rechtsextremismus, Prävention und Begleitung“ für den Bereich der Stadt Dortmund. Der Verein und auch sein ehrenamtlicher Vorstand hat aus dem gesamten westfälischen Bereich NRWs Mitglieder aus verschiedenen demokratischen Parteien, Gewerkschaften und Kirchen und hat mehrere Kommunen, Kirchenkreise und Institutionen als Fördermitglieder.

- Ich gehöre zwar aus unterschiedlichen Gründen keiner der demokratischen Parteien an, bin aber ein überzeugter Anhänger unserer Demokratie mit unserem tragenden Grundgesetz, das wiederum auf den *„unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder*

menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt" (Art. 1, Abs. 2 GG) basiert". Dieses hohe Gut gilt es zu schützen.

- Ich bin kein Freund von zu viel Regulierung und Vergesetzlichung in alle Lebensbereiche hinein. Aber **bei diesem hohen Gut halte ich auf dem Hintergrund meiner Erfahrungen aus den letzten 10 Jahren ein Demokratiefördergesetz für sehr wichtig, notwendig und dringlich. Es könnte bisher schon Erreichtes in diesem Bereich festschreiben und wichtige neue Wege aufzeigen.**

- Meine Wahrnehmung ist: Unsere Demokratie ist immer noch stark. Aber sie kränkelt! Und ich bin mit dieser Wahrnehmung bei weitem nicht allein. „Die Demokratie ist in Gefahr…" so Jan W. van Deth, SZ vom 1. März 2017. Prof v.Deth ist Projektleiter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung). „Weshalb Demokratien heute besonders wachsam sein müssen", heißt der Untertitel seines Artikels in der SZ.

- Bei über 25 % der Jugendlichen ist nach repräsentativen Erhebungen eine deutliche Demokratiemüdigkeit festzustellen. Das ist ein Symptom, das man ernst nehmen muss. Viele Menschen trauen der Politik – egal von welcher Seite - nicht mehr so viel zu wie früher. Und die Zahl der Skeptiker und derer, die sich abwenden, wächst. Die Wahlbeteiligung ist auf einem sehr niedrigen Level angekommen. (in meinem Wohnort-Wahlbezirk lag sie z.B. bei der letzten Kommunalwahl bei 27 %!). Immer mehr Menschen fühlen sich immer weniger an politischen Prozessen beteiligt. Unter ihnen haben die weniger Privilegierten einen zahlenmäßig immer größer werdenden Anteil. Es gibt gefühlt eine immer größere Entfernung zwischen „denen da oben" und „denen da unten". Sehr viele Menschen haben das Gefühl, auch alle politischen Parteien sind an diesem Closed Shop-Syndrom beteiligt. Desintegrationsprozesse greifen um sich. Kaum noch Teilhabe an Entscheidungsprozessen vor Ort und in der Breite. Die Kommunikations-Kultur verroht. Hatespeech hält Einzug. Über die social media findet Vieles immer schnellere Verbreitung. Verunglimpfungen und Beschimpfungen sind an der Tagesordnung. Radikalisierungslinien werden attraktiver gemacht. Das alles ist u.a. auch ein Nährboden für rechtsextremistische Tendenzen. (Ich beschränke mich hier ausdrücklich auf diese ausgeprägte Form des Extremismus. Allerdings müssen auch die anderen Formen bekämpft werden, benötigen aber andere Zugangsformen, könnten aber möglicherweise auch von einem Demokratiefördergesetz profitieren.) **Wenn unsere Demokratie in Gefahr ist, bedarf es verschiedener Wege um der Gefahr wirkungsvoll zu begegnen. Einer davon wäre ein Demokratiefördergesetz, das für eine gewisse Zeit schon erprobte Instrumente festschreibt und damit verhindert, dass es immer wieder neue Zeit- und Kräfte raubende Auseinandersetzungen über bestimmte Essentials gibt.**

- Rechtsextremismus ist keine Schicksalsmacht, keine über uns gekommene fremde Gewalt. Und er geht auch nicht einfach wieder so vorüber. Nein, ihm muss wirksam begegnet werden. Die demokratischen Gegenkräfte müssen gestärkt und unterstützt werden. Neben der umfangreichen etablierten parlamentarischen Demokratie-Welt, neben Schule und Hochschule, Bildung und Jugendarbeit gehört dazu auch die Ebene der Zivilgesellschaft. Mit ihren zahlreichen dezentralen und vielfältigen Projekten und Initiativen und ihren unzähligen engagierten Menschen bildet sie ein weiteres wesentliches Element zur Stärkung der

Demokratie. Von daher ist es nicht nur sehr erfreulich sondern auch demokratiefördernd, dass in den vergangenen Jahren die Mittel zur Deradikalisierung und zur Radikalisierungsprävention zur Opferberatung und Rassismusbekämpfung auf Landesebene und auch auf Bundesebene so deutlich aufgestockt wurden. **Um diese Entwicklung zu festigen und zu verstetigen, bedarf es eines Demokratiefördergesetzes, in dem auch die Verwaltungsbestimmungen, Gesetzesvorschriften, Antrags- und Abrechnungsverfahren durchforstet und gestrafft werden müssen.**

- Bürokratieabbau ist hier ein ganz wichtiges Stichwort. Antragsverfahren, Abrechnungsverfahren und jährlich neue Genehmigungen kürzest vor Jahresende sind äußerst zermürbend und sogar Projekt gefährdent. Wenn Mitarbeitende erst kurz vor Jahresende erfahren, dass sie am 1. Januar doch nicht zum Arbeitsamt müssen, kann man ihnen nicht verdenken, wenn sie sich nach längerfristigen Arbeitsverhältnissen umsehen. Auch ehrenamtliche Vorstände, die in den letzten Tagen des Jahres ihr Projekt dadurch gefährdet sehen, sind darüber ziemlich aufgebracht. Öffentliche Gelder müssen sorgfältigst verwaltet und verwendet werden. Aber auch mit menschlichen „Resourcen“, Mitarbeitenden, Angestellten und Ehrenamtlichen muss äußerst sorgfältig und sorgsam umgegangen werden.

- Wir sind froh, dass wir an dieser Stelle so gut und vertrauensvoll mit der „Landeszentrale für politische Bildung“ zusammenarbeiten und wollen mit ihr gemeinsam – und auch mit dem „Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben“ für die Bundesprojekte im kommenden Jahr nach Lösungen für **überjährige Förderungen für die längerfristigen Projekte suchen. Auch ein wichtiger Punkt für ein Demokratiefördergesetz!**

- Ich gehe noch einmal konkret vor Ort:
  Der Rechtsextremismus hat leider in Dortmund eine ideologische und handlungsorientierte Zentrale: die aus der ehemaligen inzwischen verbotenen Kameradschaft „Nationaler Widerstand Dortmund“ in die heutige Partei „Die Rechte“ hervorgegangen ist. Sie knüpft unverhohlen direkt an den historischen Nationalsozialismus an. Alle für diese Partei wichtigen und bestimmenden Personen sind inzwischen dort angesiedelt. Frech und dreist nutzen sie alle demokratischen Gesetze und Bestimmungen, um der Bevölkerung, der Polizei und der Demokratie auf der Nase herum zu tanzen. Sie besetzen Kirchen, stören mit ungeschöntem Antisemitismus und Antiisraelismus massiv jüdische Gedenkfeiern, verhöhnen die Demokratie, schüchtern Menschen ein, versuchen Stadträume für sich zu besetzen, Rassismus und Gewalttätigkeit zu verbreiten mit dem Ziel, letztendlich die verhassteDemokratie abzuschaffen, ein völkisches Leitbild, Rassismus, und gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zu verbreiten.

- Das ist nicht lustig! Besonders nicht für den eigentlich so liebenswerten Stadtteil Dorstfeld und auch nicht für andere Stadtbezirke in Dortmund. Das ist nicht nur ein Dorstfelder, das ist nicht nur oder ein Dortmunder Problem. Hier sehen wir die Spitze eines Eisberges. Eine Stadt oder gar einen Stadtteil wegen des ganzen Eisberges zu diskriminieren oder zu stigmatisieren ist einfach, geht aber am Gesamtproblem vorbei. Dortmund ist bunt und vielfältig und sehr stark in der Gegenwehr.

- Rechtsextremismus aber ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Und das hat sich in den letzten 10 Jahren trotz aller überregionalen, kommunalen und zivilgesellschaftlichen Maßnahmen nicht verringert sondern eher verstärkt. Es konnte allenfalls eingedämmt werden, strebt aber unentwegt nach weiterer Ausbreitung. Es muss auch weiterhin auf allen Ebenen gesamtgesellschaftlich angegangen und bekämpft werden. **Darum bedarf es aus meiner Sicht eines Bundesgesetzes zur Förderung der Demokratie, in dem Fördermaßnahmen für Projekte in diesem Bereich verankert und in allen Bereichen Projekte Radikalisierungs-Prävention unterstützt und aufgebaut sowie Demokratie stärkende Projekte massiv entwickelt oder gestärkt werden.**

- Eine Unterschätzung dieser gesamtgesellschaftlichen Problematik wäre fatal. Das haben wir schon in anderen Zeiten auch der jüngeren Vergangenheit erlebt. Eine Veralltäglichung oder Vernormalisierung der Problematik („das haben wir im Griff) wäre noch gefährlicher. Das sagen uns schon lange wissenschaftliche Studien. Seit 10 Jahren arbeiten wir z.B. eng mit dem IKG-Uni Bielefeld zusammen. Wir dürfen uns an den Rechtsextremismus mit all seinen Erscheinungsformen nicht gewöhnen. **Darum bedarf es aus meiner Sicht eines Bundesgesetzes zur Förderung der Demokratie, in dem Fördermaßnahmen für zivilgesellschaftliche Projekte in diesem Bereich verankert und die Förderung verstetigt wird.**

- Und das Ganze wird noch befeuert durch die unterschiedlichen rechtspopulistischen Strömungen, die wie der Wolf im Schafspelz durchs Land gehen, Menschen aufheizen, Rassismus verbreiten usw. Da braucht es neben dem wirklich vielfältigen und intensiven zivilgesellschaftlichen und kommunalen Engagement mit allen notwendigen polizeilichen und restriktiven Vernetzungen auch eine gesamtgesellschaftliche Wachsamkeit. Da darf man nicht weggucken. Da darf man nicht beschwichtigen. Fragen Sie mal die Dorstfelder Bevölkerung. Ich habe bis 2016 viele Jahre den Dorstfelder Runden Tisch für Toleranz und Verständigung moderiert. Was wir in Dorstfeld an Rechtsextremismus erleben, versuchen die (Neo)Nazis auch anderswo zu implementieren. Dorstfeld und Dortmund sind für sie die Trainingsplätze für übertragbare Großstadtstrategien. Man sollte sich vor Unterschätzung hüten! Man sollte sich vor allem vor Veralltäglichung oder Verdrängung hüten. Das ist schon einmal überaus schrecklich in eine verhängnisvolle Richtung gegangen. Dafür müssen wir uns tief schämen. In München ist in diesen Monaten der Prozess. Ein systemisches Problem? Jede Gesellschaft verdient die Probleme, die sie hat. Haben wir daraus gelernt? **Und ist es nicht besser, solchen systemischen Fehlern in einem Demokratiefördergesetz künftig wenigstens partiell vorzubeugen. Ich meine: Ja!**

- Aus solchen Hintergründen wurde mit großem Engagement und vielfältiger Vernetzung in den letzten Jahren auf NRW-Ebene durch das MFKJKS ein weites Netzwerk gegen Rechtsextremismus geknüpft und mit breitester Beteiligung auf allen Ebenen ein „Integriertes landesweites Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ entwickelt und verabschiedet. Hinter diese Marke darf man jetzt nicht wieder zurück. Es darf nicht in der Schublade verschwinden, sondern muss weiterentwickelt und in konkrete Handlungsschritte umgesetzt werden. **Manches aus diesem und anderen vorliegenden Gesamtkonzepten der Bundesländer könnte und sollte Eingang finden in ein Bundesgesetz zur**

Demokratieförderung. Dies darf kein Streitpunkt zwischen Parteien oder um föderale Kompetenzen sein oder werden. Demokratie ist ein übergeordnetes hohes Gut, das von allen Demokraten und Demokratinnen gemeinsam unterstützt und entwickelt werden muss.

- Unser Bundesverfassungsgericht mit seiner sehr hohen Professionalität und seinem sehr hohen Grad der Akzeptanz in der Bevölkerung ist innerhalb der Gewaltenteilung ein Wächter und Garant für Verfassung und Demokratie. In seinem Urteil zum Verbot der NPD vom 17. Januar 2017 hat es das Nichtverbot u.a. damit begründet, dass die NPD zwar verfassungsfeindlich und gewaltbereit sei, dass sie aber für ein Verbot zu unbedeutend sei und keine Chance habe, ihre „verfassungsfeindlichen Ziele erfolgreich zu verfolgen."

- Viele von uns hat diese Begründung - ehrlich gesagt - befremdet. Vor allem die Menschen vor Ort. Aber auch in anderen Urteilen z.B. bei der Rückholung von Nazi-Demonstrationsverboten traut das BVG der Demokratie und ihren Organen und in Kommentaren vor allem der Zivilgesellschaft zu, dieses Problem zu lösen. Die Zivilgesellschaft soll es richten! Dann muss sie auch massiv von ihren Partnern: Staat, Kommunen, Polizei und Ordnungskräften unterstützt werden. **Und dazu gehört neben vielem anderen auch ein klares Demokratie förderndes Gesetz, welches die Pflichten in diesem Kampf für die Partner klar definiert.**

- Zivilgesellschaftlichen Initiativen, Projekten und Vorhaben geht irgendwann auch mal die Luft aus. Sie müssen gestärkt und unterstützt werden. Nicht nur ideell auch finanziell und vor allem wertschätzend. Es kann doch nicht sein, dass sie sich wie Bittsteller fühlen müssen, die sich an Verwaltung, Regulierungen, Bestimmungen, Formulare, Anträgen etc. abarbeiten. Statt „Demokratie leben" wird häufig ironisch „Bürokratie leben" hinter vorgehaltener Hand gesagt. Verwaltung ist wichtig und hilfreich, aber sie ist nicht Selbstzweck, die sich unentwegt neue Selbstlegitimierung durch immer neue Strukturen und Regulierungen verschafft. Sie muss einer lebendigen und erneuerbaren, wehrhaften Demokratie dienen. Zivilgesellschaft braucht Verwaltung, braucht Kommune, Land und Bund um viele neue kurzfristige Projekte zu kreieren und an den Start zu bringen und um langfristige Projekte zu unterstützen und zu verstetigen.

- In Dorstfeld gibt es seit kurzem ein Projekt: „Quartiersdemokraten". Dies soll mit zwei halben hauptamtlichen Stellen Zivilgesellschaft, Runden Tisch, Vereine, Schulen, Kirchengemeinden, mit Manpower und Geld, Strukturen und Begleitung unterstützen bei der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus vor Ort. Dieser äußert sich u.a.

- in intensivem Raumkampf (z.B. auf dem Wilhelmplatz sitzen ständig Nazis und schaffen so ein Klima der Einschüchterung (ich nenne das „subtiler Miniterror")
- „Markierung" „des von ihnen sogenannten „Nazi-Kiezes"
- Einer immer wieder beobachteten hinterhältigen „Kümmer-Attitüde" für den Stadtteil
- intensiver Rekrutierungs- und Radikalisierungsversuche im Bereich junger Menschen durch Werbung an Schulen, in Tageseinrichtungen für Kinder, in Sportvereinen etc.
- bis hin zu gewalttätigen Übergriffen gegen Zivilbevölkerung und Polizei

Dabei schöpfen sie – mit offensichtlicher guter Rechtsberatung bis an die Grenzen alle auch rechtlichen Möglichkeiten aus, die Ihnen unsere Demokratie bietet.

- In Dorstfeld gibt es durch die Kooperation mit Polizei, Ordnungskräften sowie Kommune und Zivilgesellschaft ein fast modellhaftes Zusammengehen der demokratischen Kräfte. Durch das neue Projekt „Quartiersdemokraten“ soll Ermüdungserscheinungen in der Zivilgesellschaft vorgebeugt bzw. entgegengewirkt werden. Sie sollen informieren, beraten, unterstützen und dokumentieren. Um dieses Stadtteil-und Präventionsprojekt zu stemmen, wurde eigens aus dem Runden Tisch heraus ein gemeinnütziger Trägerverein gegründet, damit die Fördermittel für das Projekt überhaupt bei der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus (Landeszentrale für politische Bildung) beantragt werden konnten. Ein insgesamt hoher Aufwand von zivilgesellschaftlicher Seite. Die Unterstützung aus der städtischen Koordinierungsstelle war intensiv und ebenfalls zeitaufwändig. Auch die Kooperation mit der Landeszentrale war sehr gut. Wer aber das gesamte nicht von ihr verschuldete Antragswesen kennt, weiß was für ein großer Aufwand damit verbunden ist.

- Und das soll nach den zwei genehmigten Jahren des Projektes beendet sein?! Nein, das braucht Dauer und Power. In einem Bereich, der dringend nach Verlängerung und Verstetigung ruft, nach Vereinfachung der Verwaltungsvorschriften und Regulierungen. Diese Überregulierung und Kurzzeitbefristung (z.B. bei der jährlichen Antragstellung jedesmal jedes Jahr wieder neu), das ermüdet in einem Kampf gegen eine wachsende Gefahr für die Demokratie, in dem man diese Kräfte besser für die inhaltliche Arbeit gebrauchen könnte.

Rechtsextremismus und andere Formen von (politischem und religiösem) Extremismus bedrohen unsere Demokratie. Rassismus**,** Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Abwertung der anderen, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt bedrohen die Menschrechte.

Die Demokratie ist in Gefahr! „Demokratie – verstanden als ein Wert an und für sich…sollte allerdings für solche Gruppen, die sich des Mehrheitsentscheids nur bedienen, um damit viel wichtigeren Prinzipien wie Toleranz, Respekt und Kompromissbereitschaft Schaden zufügen, nicht zugänglich sein. Wer solche Prinzipien nicht unterstützt, ist von demokratischen Beteiligungsprozessen auszuschließen. Demokratie verlangt nicht, dass jemand die Chance bekommt, erfolgreich die Demokratie abzuschaffen, sie verlangt vielmehr den Schutz der Menschenrechte.“ (van Deth, SZ v 1.März 2017)

Wir brauchen ein Demokratiefördergesetz!

Hartmut Anders-Hoepgen - 25. Januar 2018